

SSM-Vorwurf an die Grünen in Sachen Möbelverbund

## "Statt Umweltprojekt Beschäftigungsträger!"

Von Hans Georg

"Gespräche mit "HoSe", "Mütze", "SSM", "BfO", "Zug um Zug", "DeFlo" und "Emmaus" als Träger, die im Möbelverbund zusammengeschlossen sind, haben ergeben, dass sie die 120 Integrationsstellen voll unterstützen" behauptet eine von Jörg Frank, sozialpolitischer Sprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Rathaus, sowie von Ossi Helling unterzeichnete Erklärung. "Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist: Der SSM hat zu keiner Zeit der Schaffung von 120 Ein-Euro-Jobs im Bereich des Möbelverbundes zugestimmt. Er hat vielmehr auf der Mitgliederversammlung vom 29.8.2005 dagegen gestimmt", teilt uns dazu der SSM mit.

In der von der NRhZ in den vergangenen Ausgaben - im Gegensatz zu anderen Kölner Zeitungen - dargestellten Ein-Euro-Job-Auseinandersetzung zwischen der Sozialdezernentin Bredehorst und Initiativen wie SSK und SSM betonen die Grünen, "im Wesentlichen das Vorgehen der Sozialdezernentin" zu unterstützen, die dadurch "Arbeitsplätze im Möbelverbund... sichern" und keine "verschärfte Konkurrenzsituation" zwischen den Mitgliedern des Möbelverbunds schaffen wolle. Man sei aber zu "weiteren Gesprächen mit den Akteuren" bereit, so die Grünen-Fraktion.



**SSM: Ein-Euro-Jobs nicht gemeinnützig**

Foto: SSM

Diese Argumentation gehe am Kern des Problems vorbei, antwortet der SSM den Grünen. Die Stellen beim Möbelverbund hätten sich nicht nur drastisch erhöht, sondern damit werde auch "der Charakter des Möbelverbundes von einem Umweltprojekt hin zu einem Beschäftigungsträger verändert. Daher ist es nur konsequent, dass der Möbelverbund jetzt auf Betreiben der ARGE auch seinen Satzungszweck ändern will und statt

dem Umweltschutz an die erste Stelle Beschäftigung und Qualifizierung setzen will. Das Problem besteht aber gerade darin, dass beim Möbelverbund die zusätzlich entstehenden 1-Euro-Jobs nicht mehr zusätzlich und auch nicht gemeinnützig sind. Während wir den Stellen im Recyclingbereich unter den genannten Bedingungen zugestimmt haben und zustimmen, haben wir mit den anderen Stellen nie etwas zu tun gehabt. Dadurch, dass Ihr diese unterschiedlichen Bereiche in einen Topf werft und gleich behandelt, macht Ihr eine sinnvolle Verwendung von 1-Euro-Jobs unmöglich. Indem Ihr die 1-Euro-Jobs mit solchen Argumenten verteidigt, macht Ihr es in Wirklichkeit denen einfach, die sie in Bausch und Bogen ablehnen und wie die FDP die Abschaffung der ARGE fordern. Unsere Position, solche Stellen für die Entwicklung wirklich zukunftsweisender Projekte zu verwenden, gerät damit zwischen die Mahlsteine."

Kontakt:

<http://www.nrhz.de>

[info@nrhz.de](mailto:info@nrhz.de)